Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 8. November 1926
Montag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Hansenbleibe 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild im Bilde

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
Nr. 523
8.11.a — 10 Pfennig

Garibaldi und der Marsch nach Madrid

Italia farà do se.

Dr. F. K. Der Faszismus feiert den vierten Jahrestag der Eroberung der Macht. Niemand kann leugnen, daß er in dieser kurzen Spanne eine umfürzende Erneuerung des italienischen Staatslebens bewirkt hat. Aus revolutionärer Gärung und blutigem Bürgerkrieg, aus der Rolle einer Macht zweiten Ranges, wurde das Land durch Mussolini konsolidiert und auf festen Grund gestellt. Ein staatsmännischer Erfolg hohen Grades, erzielt nicht nach den Schlagworten provinziellen Kraftmeiertum, nicht mit den Mitteln der Versammlungsdemagogie und dem künstlich übersteigerten Selbstbewußtsein des berufsmäßigen Oppositionellen, sondern in weiser politischer Beschränkung. Eine der ersten Taten des Außenministers Mussolini war die Ratifizierung der in der Opposition leidenschaftlich bekämpften Washingtoner Abmachungen und des Nauheim-Vertrages mit Südslawien, den der Faszismus, ehe er die Verantwortung übernahm, als eine Kriegsgrund behandelte. Das andere Zeichen dieser staatsmännischen Kunst ist Mussolinis Verhalten gegenüber dem Völkerbunde in Genf. Seine Privatmeinung über diese Institution steht wohl außer Frage.

Gehört diese Periode des Faszismus nach den letzten Ereignissen der Vergangenheit an? Muß solches Urteil revidiert werden?

Das Attentat in Bologna ist das vierte, das auf den Duce verübt wurde. Nach jedem neuen Anschlag brandete die Welle des Fanatismus der Anhänger höher. Sie hat diesmal nach sofort vollzogener Lynchjustiz zu einer Ausnahmegesetzgebung geführt, über die an dieser Stelle schon gesprochen wurde. Die Schutzmaßregeln sind außerordentlich hart. Insbesondere muß von einem allgemeinen Standpunkt aus die Bestimmung schärfste Bedenken erheben, die sich in einem sehr dehnbaren Wortlaut gegen Italiener und auch gegen Ausländer richtet, die bestimmte Strafen im Auslande begehen. Schwere Strafen sind dafür vorgesehen, selbst dann, wenn der Beschuldigte im Auslande schon zur Verantwortung gezogen wurde. Das Kuriosum gesetzt ist weiter besonders bedenklich, weil es unterordneten Verwaltungsorganen und militär-faszistischen Sondergerichten weitestes Wollmachten gibt, die leicht mißbraucht werden können. Manch entschiedener Protest gegen diese Ausnahmegesetze berührt allerdings etwas komisch, wenn er, in der deutschen Presse viel vernehmbarer als etwa in der französischen Presse, aus Kreisen kommt, die ihrerseits gegen ähnliche Gesetze in anderen Ländern nicht das geringste zu erinnern haben, sofern sie gegen ihre politischen Gegner gerichtet sind. Aber auch die objektive öffentliche Meinung muß zugeben, daß es sich um außerordentliche Härte handelt, von der überdies noch zu erörtern ist, ob sie wirklich eine entsprechende Wirkung erwartet werden kann.

In den Beschlüssen des großen Rates der Faszistischen Partei möchten wir das Anzeichen sehr erblicken, daß jetzt die staatsmännische Mäßigung, von der wir eingangs sprachen, nur vorübergehend aus der italienischen Staatsleitung verdrängt sein dürfte. Der Rat hat u. a. den Befehl erlassen, alle „ungerechten Repressalien" sofort einzustellen, und die Anfertigung schwarzer Listen und andere Einzelaktionen verboten.

Indes die innerpolitischen Folgen der verbrecherischen Anschläge auf das Leben des italienischen Diktators, die besonders in Deutschland, wie jeder politische Mordversuch, von allen anständigen Menschen auf das tiefste verdammt werden, sind zunächst eine Sache des italienischen Volkes. Je empfindlicher uns jeder Zug gegen die immer noch bestehenden Hemmungen unserer Souveränität macht, je peinlicher wir, gerade unter dem kaum noch gelockerten Joche von Versailles darauf bedacht sind, unser Haus ohne fremde Bevormundung aufzurichten, mit desto größerer Gemütsruhe müssen wir uns der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder enthalten. Durch Verbände und Genossenschaften, durch die Willy und die Eisenbahnbücher wachsen, durch keine positiven Leistungen im Wirtschaftsleben schlechthin ist der Faszismus heute in die gesellschaftliche Struktur des Italienischen Volkes hineingewachsen, daß das Regime nicht mehr nur auf Mussolinis zwei Augen steht wie noch vor ein bis zwei Jahren. Aber sein Leben ist das höchste Gut, das das Land heute besitzt, und er hat das Recht und die Pflicht, darüber mit allen Machtmitteln des Staates zu wachen.

Nun haben sich an den Anschlag auch Konsequenzen von großer internationaler Bedeutung geknüpft. Jede Bedrohung Mussolinis durch den Faszismus, so schreibt der „Temps", rufe in Italien alsbald französenfeindliche Kundgebungen hervor. „Genau so tödte sich vor dem Weltrichter alle politische Tätigkeit der italienischen Volksmenge gegen Frankreich aus. Das ist eine bedauerliche Geistesverfassung, die vor allem das Ergebnis der heftigen Kampagne eines Teiles der faszistischen Presse gegen Frankreich zu sein scheint. Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit wird Frankreich angeklagt, es stehe der Entwicklung der italienischen Macht entgegen und begünstige die antifaszistische Bewegung." So das französische Blatt. Die Zwischenfälle in Tripolis, Ventimiglia, in Bouloubi bei Monte Carlo haben in Frankreich eine ähnliche erregte Stimmung gegen Italien erzeugt. Schon nach dem Septemberattentat gab es eine ähnliche, wenn auch keineswegs gleich gespannte Stimmung. Die Verbeugung Nicolettis Garibaldis, des Enkels des Nationalhelden, der eine Doppelrolle als Antifaszist und Agent der italienischen Polizei gespielt hat, zeugenhafte die Pariser Presse sogar, Mussolini selbst mit dieser Stimmung in Zusammenhang zu bringen. Sie bezieht merkwürdigerweise auch den Schluß seiner Rede in Bologna auf Frankreich, indem er, ganz offenbar in rein rethorischer Absicht und als Reflex seines Eindruckes der imposanten faszistischen Macht, vor der er stand, die Worte gebrauchte: „Schwarzsehende, hebt eure Gewehre, damit die ganze Welt den Wald von Bajonetten sieht und das Pochen unserer Herzen hört, die unbeseßbar und zum Letzten entschlossen sind!"

Die wäre es anders möglich, als daß der ehrenwerte „Temps" und seine Spießgesellen auch hier zunächst eine Wochenschau der verletzten Deutschen heraufbeschworen! Man verhehle, daß die französisch-italienische Freundschaft eine gewisse Politik hören könnte, die besonders darauf abzielte, die Spannung des großen Krieges verbündeter Nationen auseinanderzuführen. Freilich sind erst einige Tage vergangen, seit dieselbe Zeitung, nach dem Besuche des aus Rom zurückgekehrten italienischen Botschafters Baron Avezzana bei Briand, die Entdeckung machte, es sei nicht einzusehen, welche Probleme gegenwärtig Anlaß zu politischen Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien bieten könnten. Die Fragen, die sich zwischen Paris und Rom stellen, sind durch Verträge geregelt und können beständig geschehen bei den Regierungen auf normalem Wege behandelt werden."

Man ensinne sich der eifrigen Propaganda, die der diesem Botschafterbesuch in der französischen Oeffentlichkeit, für ein Zusammengehen mit Italien unternommen wurde, insbesondere von denjenigen Kreisen der französischen Politik, die aus Grundsatz Gegner eines Ausgleichs mit Deutschland sind, um die ganze Hinterhältigkeit der gegen uns gerichteten Angriffe zu ermessen. Der Besitzer des „Figaro", Coty und Emile Buroe, der Chefredakteur des „Matin", wollten in Rom und stellten nach ihrer Rückkehr ein großes Programm der Zusammenarbeit auf, das

Eigener Nachrichtendienst
und „London Times News Service"

Neue Enthüllungen bei dem Pariser Verhör

Garibaldis Zusammenarbeit mit Macia.

a. Paris, 8. 11. (Eigenbericht)

Die offizielle Erklärung der hiesigen Stellen, daß die italienische Regierung dem französischen Botschafter in Rom in einer formellen Note ihr Bedauern über die Ausschreitungen in Leipzig ausgesprochen und gleichzeitig die Bestrafung der schuldigen Personen zugesagt hat, genügte keineswegs, die Erregung in der französischen Oeffentlichkeit zu dämpfen, abgesehen davon, daß die offiziellen Entschuldigungen der italienischen Regierung über die Vorfälle in Benghasi und in Ventimiglia noch ausstehen. Während in der Ventimiglia-Affäre die die Untersuchung noch schwebt und vorläufig nur ein Protest in Rom angebracht wurde, bringen die weiteren Enthüllungen über die provokatorische Tätigkeit des faszistischen Spitzels Garibaldi die Gemüter in immer größere Aufregung. Die Presse stellt heute fest, daß die italienischen Separatisten kaum ihren Verschwörungsversuch unternommen hätten, wenn ihnen nicht von Garibaldi und einen Hintermännern jede Unterstützung, sogar finanzielle Hilfe, zuteil geworden wäre.

Garibaldi hat eingestanden, daß er mit Macia verschiedene Unterredungen gehabt und ihm unter anderen auch über 20 Leute für das Unternehmen zur Verfügung gestellt habe.

In dieser spanischen Verschwörungsgeschichte ist den früheren Meldungen nichts Wesentliches hinzuzufügen. Es sind gestern noch einige Waffen- und Munitionslager im spanisch-französischen Grenzgebiet gefunden worden. Die verhafteten Verschwörer sind in einer Kaserne in Perpignan untergebracht und genießen bei den französischen Behörden eine gute Behandlung. Der spanische Gesandte in Paris, Quinones de Leon, stattete gestern dem Chef der hiesigen politischen Polizei, Chiappe, einen längeren Besuch ab.

Die Vernehmung des Obersten Garibaldi

wurde am Sonnabend bis in die Nacht hinein fortgesetzt und am Sonntag mittag wieder aufgenommen, nachdem dem Italiener in Gegenwart der Beamten eine Unterredung mit seinem in Paris ansässigen Bruder gestattet worden war. Daß über Garibaldi und seine Tätigkeit die unwahrscheinlichsten Gerüchte im Umlauf sind, ist bei der Art der Sache verständlich. So soll nach eigener Erklärung Garibaldis von dem Plane gewußt haben, den berühmten Dachstuhl der Notre Dame in Paris zu rauben. Wie erinnerlich, wurden in Verbindung mit der Entdeckung eines ähnlichen Komplotts vor einigen Wochen einige Italiener verhaftet. Aber nicht nur hieran soll Garibaldi beteiligt gewesen sein, sondern es wird auch von französischen Blättern angedeutet, daß er über den sensationellen Einbruchsdiebstahl im Schlosse von Chantilly, von bekanntlich der große Condé-Diamant und andere historische Schmuckgegenstände gestohlen wurden, sicherlich Auskunft geben könne.

Das sind aber vorläufig nur Mutmaßungen, durch die man sich nicht beirren lassen darf, denn der Fall Garibaldi ist und bleibt hauptsächlich

von großer politischer Bedeutung.

Da sind vor allen Dingen die wiederholten Besuche des Generalinspektors der italienischen Polizei, La Rosilla, die das Interesse der hiesigen maßgebenden Kreise gefunden haben. Es wird jetzt mit Sicherheit ausgesprochen, daß der Urheber des vorletzten Attentats auf Mussolini, der Italiener Lucetti, auf die Provokateure Garibaldis hin den Mordversuch unternahm, und daß gleichzeitig die italienische Polizei genauest worden war, denn Lucetti und La Rosla haben am gleichen Tage Paris und Frankreich verlassen. La Rosla, der als die rechte Hand Mussolinis bezeichnet wird, und der Chef der römischen politischen Polizei, namens Bocchini, weilten im Oktober verschiedentlich in Paris und hatten häufig Zusammenkünfte mit Garibaldi.

Wie man sich erinnern wird, war gerade

dieses vorletzte Attentat

der Anlaß zu den gehässigsten Reden Mussolinis, die hauptsächlich auf Frankreich gemünzt waren.

Die weitere Vernehmung Garibaldis, der immer noch „Gast" der Polizei ist, wird von der politischen Polizei mit großer möglichen Beschleunigung geführt. Es wird heute eine Pause eintreten, um die Ankunft des katalanischen Obersten Macia in Paris abzuwarten, der Garibaldi gegenübergestellt werden soll. Es kann heute schon gesagt werden, daß eine Handhabe zu einer gerichtlichen Verfolgung Garibaldis nach dem französischen Strafgesetzbuch vorläufig nicht vorhanden sein wird, und daß als einzige Möglichkeit eine Ausweisung in Betracht kommen kann.

*

fr. Mailand, 8. 11. (Eigenbericht)

Zum Fall Garibaldis schreibt der Pariser Vertreter des „Popolo d'Italia", dieser Mann habe allen Herren dienen wollen und sich auf diese Weise ruiniert, ohne jemanden nützlich gewesen zu sein. Sein Name sei auf diese Weise in Mißkredit gekommen.

In der bevorstehenden Kammertagung will Farinacci mit anderen faszistischen Abgeordneten einen Antrag einbringen, durch den über 100 Oppositionsabgeordnete ihres Mandates verlustig erklärt werden, weil sie von über 120 Sitzungen ferngeblieben sind.

Die faszistischen Ueberfälle

a. Paris, 8. 11. (Eigenbericht)

Der „Cuotidien" behauptet, daß die während der letzten Tage in Italien vorgefallenen faszistischen Ueberfälle nach dem Attentat des jungen Zamboni auf Grund eines sorgfältig vorbereiteten Planes stattgefunden hätten. Als Beweis bringt das Blatt nachstehenden Bericht aus Neapel: Keine einzige neapolitanische Zeitung hatte die Meldung über das Attentat veröffentlicht, als einzig und allein auf die vom Präfekten erhaltene Anweisung hin bewaffnete Banden zur Plünderung der Wohnungen folgender Personen übergingen: des Senators und früheren Ministers Croce, des liberalen Abgeordneten und Dramatikers Roberto Bracco, des früheren Ministers Sabriola, des früheren Bürgermeisters von Neapel Perlutti, sowie einer weiteren großen Anzahl von Schriftstellern und Advokaten.

„Cuotidien" betont nochmals, daß die Oeffentlichkeit erst nach diesen Vorgängen von dem Attentat Kenntnis erhalten habe, und fügt hinzu, daß alle diese Verbrechen sehr langem vorbereitet gewesen seien, ausgesprochenermaßen mit der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren.

Der Führer der spanischen Republikaner verhaftet

a. Paris, 8. 11. (Eigenbericht)

Aus Madrid wird berichtet, daß der Führer der Republikanischen Partei, der frühere Abgeordnete Alejandro Lerroux, gestern verhaftet und der Militärbehörde zur gerichtlichen Bestrafung übergeben worden ist. Als Grund für die Verhaftung wird angegeben, daß Lerroux in einem Briefe an einen Freund die Regierung Primo de Riveras in beleidigenden Ausdrücken herabgesetzt habe.

Konsolidierung der italienischen Staatsschuld

fr. Mailand, 8. 11. (Eigenbericht)

Der italienische Finanzminister Volpi erklärte, die zur Konsolidierung der schwebenden Schuld von Italien aufgelegte 5prozentige Staatsanleihe gehöre zu den großartigsten Operationen der internationalen Finanz. Durch die obligatorische Umwandlung der einjährigen, fünfjährigen und siebenjährigen Schatzscheine werden über 20 Milliarden der kurzfristigen Staatsschuld in konsolidierte Anleihe verwandelt. Eine stabile Verteidigung der Lira ist nur auf diese Weise möglich, indem die Notenbank volle Handlungsfreiheit erlangt.

(Siehe auch der volkswirtschaftlichen Teil.)

Deutsches Generalkonsulat in Marseille

Das Exequatur für das deutsche Generalkonsulat in Marseille ist von der französischen Regierung erteilt worden. Das Generalkonsulat wird in 14 Tagen durch den deutschen Generalkonsul Franoz eröffnet.

Die Verhandlungen im Bergarbeiterstreik

Langsames Fortschreiten
Cook sieht kein Friedenszeichen

ex. London, 8. 11. (Eigenbericht)

Das Kohlenkomitee des Kabinetts setzte am Sonnabend seine Berichte zur Besiegung des Bergarbeiterstreiks fort. Es wird verbreitet mit dem Unternehmern, im Anschluß daran mit den Arbeitern und gab dann in einem kurzen Kommuniqué bekannt, daß es am Montag nachmittag eine weitere Besprechung mit der Bergarbeiterexekutive haben werde.

In den Verhandlungen mit der Regierung haben die Bergwerksbesitzer erklärt, daß sie nicht auf nationaler Basis verhandeln könnten. Sie haben sich aber bereit erklärt, gewisse Vorschläge in einigen Distrikten zur Annahme zu empfehlen. Diese Vorschläge sind in einem kurzen Schriftstück niedergelegt worden und enthalten in den Hauptsache die Bedingung, daß der Minimumprozentsatz in keinem Falle unter den von 1921 sinke. Die übrigen Punkte beschäftigen sich mit den einzelnen Bestimmungen des bestehenden Lohnverfahrens und sehen u. a. fest, daß der Prozentsatz, in dem die Uebergewinnen zwischen Lohn und Unternehmergewinn geteilt werden sollte, der alte bleiben solle, nämlich 87 Prozent für die Löhne und 13 Prozent für den Unternehmergewinn, und daß der Satz nur in ganz besonderen Fällen auf 15 Prozent für den Unternehmergewinn steigen könne.

Cook hat in seiner Rede in Liverpool erklärt, daß es bis jetzt kein Friedenszeichen erblicken könne.

Der Wahltag in Athen

Athen, 8. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Die Parlamentswahlen fanden gestern in voller Ordnung statt. Wegen in Athen und in den Provinzen kam es zu Zwischenfällen. Man schätzt, daß 85 bis 90 Prozent der Wähler ihre Stimmen abgegeben haben. In Athen wurden die Straßen von Kavallerie und Infanterie patrouilliert, um Ansammlungen und Demonstrationen zu verhindern. Der Ministerpräsident hat eine Proklamation an die republikanischen Parteien für gesichert und kündigte an, daß er nach Bekanntgabe der Ergebnisse eine Proklamation erlassen werde, in der er das Recht auf die Bildung des Wahrkreislaufs aufmerksam machen wolle. Kapharharis ist ebenfalls davon überzeugt, daß die Demokraten mit einer Mehrheit aus den Wahlen hervorgehen werden.

Nach den ersten bis 1 Uhr früh bekanntgewordenen amtlichen Wahlergebnissen haben die Republikaner, besonders die Liberale Union unter Cafandaris und Michalacopulos, mit mehr als 60 Prozent der abgegebenen Stimmen die entschiedene Mehrheit.

Die Wahlen in Dänemark

v. Kopenhagen, 8. 11. (Eigenbericht)

Durch königliche Verfügung wird das dänische Folkething zum 1. Dezember zufgelöst. Es heißt in der Verfügung, der Appell an die Wähler erscheine wünschenswert, da die Regierung nicht imstand war wegen Unterstützung des dänischen Wirtschaftslebens nicht in der Form durchführbar sei, wie die Regierung sie durchführen könne. Die Sozialdemokratische Partei hat bekanntlich die Folkethingwahlen am 2. Dezember statt.

Das Folkething hat einstimmig die Regierungsvorlage über die Aufnahme einer dänischen Staatsanleihe in Höhe von 23 Millionen Kronen angenommen.

Der neue deutsche Gesandte in Kopenhagen, v. Hassell, traf Sonntag früh in Kopenhagen ein.

Hochzeitsfeier in Brüssel

Brüssel, 8. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Die belgische Königsfamilie traf gestern morgen, aus Schweden kommend, in Ostende ein. Der Bürgermeister von Ostende hielt eine kurze Begrüßungsansprache und beglückwünschte den Kronprinzen. Der König dankte den Behörden und der Bevölkerung von Ostende für ihren Willkommensgruß und setzte später seine Reise nach Brüssel fort, wo er kurz vor Mittag eintraf.

Sitzung des Aeltestenrats

Die Besprechung der politischen Interpellationen

Im Reichstag herrschte Montag vormittag noch völlige Ruhe. Die Fraktionen traten erst unmittelbar vor Beginn der auf 3 Uhr nachmittag angesetzten Plenarsitzung zusammen. Um 2 Uhr versammelte sich der Aeltestenrat, um über die Dispositionen hinsichtlich der Beratung des Nachtragsetats schlüssig zu werden. Voraussichtlich wird eine große Zahl von Interpellationen allgemein politischer Art, darunter auch die Kaiser-Interpellation der Sozialdemokraten und Kommunisten, mit der Aussprache verbunden werden. Ueber neue Kompromißverhandlungen in der bisher noch nicht geklärten Frage der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze ist bisher noch nichts bekannt.

*

Der Preußische Landtag bereit Montag mittag eine Novelle zur Gold bilanzverordnung, wonach die Bergungsschäfte für rückständige Steuern aufgehoben werden und nur noch Bergungsgrößen in Kraft bleiben, die in Höhe von 9 % in Aussicht genommen waren, während das Reich einen Satz von 12 % hat. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat bekanntlich, der Reichsfinanzminister sei der Meinung, daß 9 % Bergungsgrößen zu wenig sind und für das Reich einfach unmöglich seien. Das Reich würde aber bereit sein, eine neue Vorlage mit 10 % Bergungsgrößen einzubringen. Der Minister hat, demgemäß Preußen für Preußen 10 % festsetzen, was zurzeit das äußerst Mögliche sei. Zur Begründung der Bergungsgrößen wies der Minister darauf hin, daß, wenn der Trust auf die Steuerzahler durch die Bergungsgrößen nicht wäre, man viel mehr Zwangsvollstreckungen hätten würde als bisher, was im allgemeinen Interesse unerwünscht sei. Der jetzige Zustand könne später erst, wieder geregelt werden. Ein im Ausschuß angenommener Antrag der Regierungsparteien forderte Erhöhung des Zinssatzes auf 10%.

Der letzte Landsberger Prozeß

ul. **Landsberg** (Warthe), 8. 11.

Im Landsberger Prozeß wurde nach den Vernehmungen (siehe Seite 2) das Protokoll über die früheren Aussagen des Angeklagten Hahn verlesen. Der Verteidiger machte immer wieder auf die großen Widersprüche zwischen den damaligen und den heutigen Aussagen aufmerksam. Der Vorsitzende machte besonders darauf hin, daß Hahn früher gesagt habe, Oberleutnant Schulz hätte bemerkt, der Gedanke könne nicht eingeschlossen werden, daß, wenn der Trupp auf eine Steuerzahler durch die Bergungsgrößen nicht wäre, man viel mehr Zwangsvollstreckungen hätten würde als bisher, was im allgemeinen Interesse unerwünscht sei. Der jetzige Zustand könne später erst wieder geregelt werden. Ein im Ausschuß angenommener Antrag der Regierungsparteien forderte Erhöhung des Zinssatzes auf 10%.

Der letzte Landsberger Prozeß

ul. **Landsberg** (Warthe), 8. 11.

Im Landsberger Prozeß wurde nach den Vernehmungen (siehe Seite 2) das Protokoll über die früheren Aussagen des Angeklagten Hahn verlesen. Der Verteidiger machte immer wieder auf die großen Widersprüche zwischen den damaligen und den heutigen Aussagen aufmerksam. Der Vorsitzende machte besonders darauf hin, daß Hahn früher gesagt habe, Oberleutnant Schulz hätte bemerkt, der Gedanke könne nicht eingeschlossen werden, daß, wenn der Trupp auf eine Steuerzahler durch die Bergungsgrößen nicht wäre, man viel mehr Zwangsvollstreckungen hätten würde als bisher, was im allgemeinen Interesse unerwünscht sei. Der jetzige Zustand könne später erst wieder geregelt werden. Ein im Ausschuß angenommener Antrag der Regierungsparteien forderte Erhöhung des Zinssatzes auf 10%.

Neue Verhaftung beim Magistrat

Ein Komplice von Schulz und Gerhardt

Die Unterschlefe, die im Bezirksamt Kreuzberg und Schulz vom Bezirksamt Mitte verhaftet wurden und vor längerer Zeit großes Aufsehen erregten, haben die Kriminalpolizei und die Politischen Mitte auch weiterhin beschäftigt. Wie wir seinerzeit berichteten, lieferten sich die beiden getrennen Stadtinspektoren Grundwerdt und Gerhardt bei den Steuerpflichtigen in ihre eigenen Hände ausgehen, anstatt die Leute, wie es vorgeschrieben ist, an die Kasse zu verweisen. Bis jetzt sind durch die gemeinsamen Untersuchungen der Kriminalpolizei und des Magistrats 30 Fälle falscher Unterschlagungen festgestellt worden. Schon bei der Aufdeckung der ersten Unterschlagungen fand der 35 Jahre alte Stadtinspektor Willy Eckhard in Berlin, beteiligt zu sein. Er behauptete jedoch, daß er ganz gläubig gehandelt habe und schob alle Schuld auf Schulz, weil dieser mit Gerhardt gefloßen war, und ihm nicht gegenübergestellt werden konnte. Die Ermittlungen gingen nun aber weiter, und neuerdings fand man eine Quittung über 5000 Mark, die der Kaufer eines Hauses abgeführt hat. Diese Quittung hat Eckhard selbst ausgestellt und von Schulz gegenzeichnen lassen. Das Geld ist nirgends verbucht, also unterschlagen worden. Eckhard wurde nach dieser Feststellungen verhaftet, dem Untersuchungsrichter vorgeführt und von ihm in Haft behalten.

Das neue Saarabkommen

Das am Sonnabend unterzeichnete Saarabkommen hat zwei Vorgänger. Das erste Saarabkommen stammt vom 11. Juli 1925 und enthielt hauptsächlich Bestimmungen über Eisen und Eisenerzgewinnung. Jedoch was es nur unter dem Vorbehalt abgeschlossen, daß für jede Zonne aus dem Saargebiet nach Deutschland verfrachteten Eisens eine Abgabe an die lothringische Eisenindustrie gezahlt werden sollte, worüber sich die beiden Industrien einigen sollten. Auch sonst war das Abkommen in einiger Bestimmungen für Deutschland recht ungünstig. Es wurde daher im Reichstag nur auf Drängen Moraue angenommen. Da trotz darauf Frankreich ein Abkommen überhaupt erließ, das als Diskrimination Deutschlands aufgefaßt werden mußte, ist die Ratifikation dieses Abkommens nicht erfolgt.

Das zweite Saarabkommen wurde im Zusammenhang mit dem Handelsprovisorium vom 3. August dieses Jahres abgeschlossen. Die Zolltestimmungen dieses Abkommens sind weniger bedeutungsvoll, da in ihnen die Eisenpositionen nicht enthalten sind. Dagegen war ausschlaggebend interessant, als hier auf die privaten Eisenverhandlungen zum erstenmal in einem offiziellen Dokument Bezug genommen wurde. Ferner war von Bedeutung, daß sich in diesem Abkommen die deutsche Regierung das Recht vorbehalten hat, dem Saargebiet autonom Zollungsfähigkeiten zu machen, weil es ein Teil des Deutschen Reichs ist. Dagegen erhob Frankreich allerdings formellen Widerspruch. Nachdem nunmehr die privaten Eisenverhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird die im zweiten Saarabkommen gebliebene Lücke durch das neue Saarabkommen ausgefüllt. Es enthält in Liste A diejenigen deutschen Erzeugnisse, die gollermäßigt in bestimmten Mengen nach dem Saargebiet eingeführt werden können, und zwar neben Grubenholz, Manzerzeugnisse vor allen Dingen Erzeugnisse der Eisen verarbeitenden Industrie. Die Liste B1 enthält die Erzeugnisse der großen Eisenpositionen des deutschen Zolltarifs, die aus dem Saargebiet nach Deutschland zollfrei eingeführt werden können. Es handelt sich um ein Kontingent von 1,5 Mill. Tonnen, über dessen Einteilung im einzelnen schon die deutschen Eisenverbände eine Regelung treffen werden, da sich dem Eisenpakt die Saar-Eisenindustrie bereits Verbindlichkeiten auferlegt hat. Die Liste B2 enthält ebenfalls Erzeugnisse der Großeisenindustrie, jedoch einzelner Werke, die dem Saargebiet nach Deutschland zollfrei eingeführt werden können. Die Liste B3 enthält Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie des Saargebiets, die nach Deutschland eingeführt werden können. Liste C1 enthält Maschinen, die nach der sogenannten Maschinenklausel zum Minimalzoll aus Deutschland nach dem Saargebiet eingeführt werden können, Liste C2 zählt eine Reihe von deutschen Werken auf elektrische Schleifwerke, Druckpressen, Rohrmaschinen, Staubsaugermotoren u. a.), die zum Minimalzoll nach dem Saargebiet mit der Maßgabe eingeführt werden können, daß der saarländische Käufer die Garantie übernimmt, daß sie mindestens zwei Jahre im Saargebiet verbleiben. Die sogenannte Maschinenklausel, unter die die Maschinen der Liste C1 fallen, ist aus dem Saarabkommen von 1925 entnommen und bezieht sich auf Maschinen für die Ausrüstung von Werken der Saarindustrie. Diese Klausel hat im bestehenden Abkommen eine erhebliche Verbesserung erfahren, da die Einschränkung fortgefallen ist, daß die Einfuhr dieser Maschinen zollfrei nur erfolgen dürfen, wenn nicht durch französische oder saarländische Maschinen derselbe Zweck erreicht werden könnte.

Das Abkommen ist am 1. November 1926 in Kraft treten und bis zum 31. März 1927 laufen. Tiefer Unterwirm stimmt überein mit den in der Kundmachung enthaltenen des privaten internationalen Eisenpaktes genannten Stichtage. Man rechnet demnach offenbar, daß in diesem Zeitraum ein endgültiger deutsch-französischer Handelsvertrag zustande gekommen sein oder wenigstens in sicher Aussicht stehen wird. In den letzten Verhandlungen über das Saarabkommen ist allerdings über ein endgültiges Abkommen nichts gesprochen worden.

Neues Lenin-Denkmal

Riga, 8. 11. (Sonderdienst der DAZ)

In ganz Sowjetrußland wurde gestern der neunte Jahrestag der Revolution festlich begangen. Die „Izwestia" und andere Zeitungen brachten Leitartikel zur Feier des Tages. Die Hauptthemen waren: „Weltrevolution", „Der Streik der englischen Bergarbeiter", „Der Krieg in China", „Die kommunistische Internationale" und „Die Rote Armee". Am im Mittelpunkt der verschiedenen festlichen Veranstaltungen stand die Enthüllung eines Denkmals für Lenin an der Wolga, wo Lenin im Jahre 1918 an der Spitze der Sowjetrussischen Erfolge in Besein der höchsten Regierungsbeamten aus Moskau mit großem militärischen Gepränge.

Das litauische Parlament ratifizierte nach längerer Aussprache den Neutralitätspakt mit Rußland.

Abd el Krims Unterführer gefallen

Tanger, 8. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Aus Tetuan wird gemeldet, daß Abd el Krims Unterführer Hamido Bakkar, der sich im Tschefalla-Gebiet aufhielt und den Spaniern noch immer zu schaffen machte, am Freitag im Verlaufe eines Gefechts zwischen dem Stamm der Beni-Idirs und spanischen Truppen gefallen ist. Damit dürfte das letzte Hindernis zur Besiedung der Tschefalla-Stämme beseitigt sein.

Belgien und China

Brüssel, 8. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Da ein Kompromiß in der Kuliensonderfrage zwischen Belgien und China in der Frage des Vertrages von 1865 nicht erreicht werden konnte, hat die belgische Regierung der Pekinger Regierung mitgeteilt, daß sie die Angelegenheit vor den Haager Schiedsgerichtshof zu bringen beabsichtige. Die nötigen Schritte sind bereits unternommen worden.

*

Johannesburg, 8. 11. (Sonderdienst der DAZ)

In Pretoria ist von den Kuliensonderbestehenden Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Japan und der Südafrikanischen Union nichts bekannt. Es wäre möglich, daß die zur Reichskonferenz in London anwesenden südafrikanischen Delegierten mit den japanischen Behörden Fühlung genommen haben. Jedenfalls wissen amtliche Kreise in Pretoria nichts von der Sache.